

## Ratings: Mittel zur Bankenaufsicht?

Die Vorschläge des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zur besseren Absicherung von Kreditrisiken sorgen für Unruhe. Externe Ratings könnten die Kreditversorgung des deutschen Mittelstands gefährden. Interne Ratings könnten zu einer Risikokosmetik der Banken führen. Eine ZEW-Umfrage unter knapp 200 Finanzexperten ging der Frage nach, was von solchen Befürchtungen zu halten ist.



Bei internen Ratings droht die Gefahr, dass Banken Risikokosmetik betreiben.

■ Um Einleger vor einer zu laxen Risikopolitik der Bank zu schützen, müssen Kreditinstitute die von ihnen vergebenen Kredite zu einem gewissen Prozentsatz mit Eigenmitteln unterlegen. Zurzeit hängt dieser Prozentsatz von einer groben Struktur der Risikobewertung ab. Seit Mitte 1999 liegt ein Vorschlag des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht vor, der für eine bessere Absicherung bei Kreditrisiken sorgen soll. So soll die Eigenmittelunterlegung künftig an zwei Arten von Ratings geknüpft werden. Als Standardansatz werden externe Ratings durch Ratingagenturen verwendet. Für besonders „weit entwickelte“ Banken soll es auch möglich sein, hauseigene „interne Ratings“ zu nutzen.

Vor allem in Deutschland stieß die auf externen Ratings basierende Eigenmittelunterlegung auf Ablehnung, weil es

hierzulande bisher nur wenige Unternehmen mit Rating gibt. Unternehmen ohne Rating stünden bei einer Umsetzung des Baseler Konzepts vor höheren Kapitalkosten, weil die Banken diese Kredite mit mehr Eigenmitteln unterlegen müssten. Besonders mittelständische Unternehmen wären von höheren Kosten bei der Kreditbeschaffung betroffen.

Ob eine solche Gefahr für mittelständische Unternehmen tatsächlich besteht, war ein Aspekt einer vom ZEW durchgeführten Umfrage zum Thema „Die Basler Vorschläge zur Bankenaufsicht“. An der Umfrage beteiligten sich 182 Finanzexperten aus Banken, Bankenverbänden, Versicherungen und großen Industrieunternehmen. Die Befürchtung einer verschlechterten Kreditversorgung mittelständischer Unternehmen bei alleiniger Nutzung externer Ra-

tings teilten 90 Prozent der Befragten. Doch auch die Alternative dazu, der Aufbau eines bankinternen Ratingsystems, stieß bei den Befragten auf Skepsis.

Die Umfrage zeigt, dass es in den Banken an den für ein fundiertes Rating erforderlichen Datenbanken sowie am notwendigen Methodikwissen fehlt. Nahezu alle Befragten konstatieren eine Datenlücke. Diese erklärt sich daraus, dass die Banken in der Vergangenheit den Erfolg beziehungsweise Misserfolg der von ihnen vergebenen Kredite nicht konsequent dokumentierten. Auch an dem zur Entwicklung und Pflege der Ratingsysteme nötigen Methodikwissen fehlt es den deutschen Banken. Nur drei Prozent der Befragten glauben, dass hier kein Nachholbedarf mehr besteht.

Eine weitere Hürde bei der Festlegung auf ein internes Ratingverfahren stellt eine effiziente Bankenaufsicht dar. Denn: Interne Ratings sind für die Banken ein Anreiz, eine doppelte Einschät-

### In dieser Ausgabe

Ratings: Mittel zur Bankenaufsicht? . . .	1
Bildungsrenditen in Westdeutschland . .	2
Dienstleister bevorzugen Metropolen . .	3
ZEW-Konferenz . . . . .	4
ZEW-Kolloquium . . . . .	5
ZEW-Seminar, Termine . . . . .	6
Neuerscheinungen . . . . .	4
Daten und Fakten . . . . .	7
Standpunkt . . . . .	8

## Forschungsergebnisse

zung der Kreditrisiken vorzunehmen. Zum einen werden sie für den internen Gebrauch ein ungeschminktes Bild von der Kreditwürdigkeit eines Unternehmens erstellen. Zum anderen wird es aber auch ein vor allem die positiven Aspekte eines Kreditnehmers betonendes offizielles Rating für die Berechnung der zu unterlegenden Eigenmittel geben. Nur 16 Prozent der Befragten glauben, dass die Banken keinen Anreiz zu

einer solchen Risikokosmetik hätten. Dagegen sehen 44 Prozent der Finanzexperten sogar erhebliche Anreize für ein derartiges Verhalten. Ob diese Art von Risikokosmetik durch strenge Standards, Prüfungen und eine Verpflichtung zur Offenlegung eingeschränkt werden kann, ist bei den Experten umstritten. Rund ein Drittel von ihnen traut keiner der drei genannten Aufsichtsmethoden eine disziplinierende Wirkung zu.

Ob der bankinterne und regulatorische Aufwand durch interne Ratings gerechtfertigt ist, bezweifeln die Experten. Über die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass der Aufwand im Verhältnis zu der dadurch gewonnenen Sicherheit zu hoch ist. So stellt sich die Frage, ob interne Ratings überhaupt ein effizientes Mittel zur Bankenaufsicht darstellen. ◀

Dirk-Christian Guennemann,  
Andrea Szczesny, [szczesny@em.uni-frankfurt.de](mailto:szczesny@em.uni-frankfurt.de)

## Bildungsrenditen in Westdeutschland

Frauen profitieren von einem zusätzlichen Ausbildungsjahr durch ein Zusatzeinkommen von etwa zehn Prozent. Für Männer liegt dieses Zusatzeinkommen hingegen bei nur acht Prozent. Diese Bildungsrenditen sind seit Mitte der achtziger Jahre relativ konstant geblieben. Weitere Untersuchungen zeigen, dass sich die Bildungsrenditen zwischen dem privaten Sektor und dem öffentlichen Dienst erheblich unterscheiden.

■ Nach der Humankapitaltheorie investieren Personen nur dann in weitere Ausbildung, wenn sie erwarten, dass das Zusatzeinkommen, das sie dadurch erzielen können, die Kosten der Ausbildung übersteigt. Das Niveau und die zeitliche Entwicklung der Ausbildungsrenditen in einer Volkswirtschaft ist daher eine zentrale Frage der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei ist zwischen den privaten und sozialen Erträgen von Ausbildungsinvestitionen zu unterscheiden. In einer ZEW-Studie wird die Entwicklung der privaten Erträge von Bildungsinvestitionen in Deutschland für den Zeitraum 1984 bis 1997 mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht (ZEW Discussion Paper No. 00-18).

Die Schätzergebnisse zeigen, dass Frauen mit etwa zehn Prozent eine signifikant höhere durchschnittliche Bildungsrendite erzielen als Männer mit etwa acht Prozent. Diese durchschnittlichen Renditen sind über den Beobachtungszeitraum weitgehend stabil geblieben.

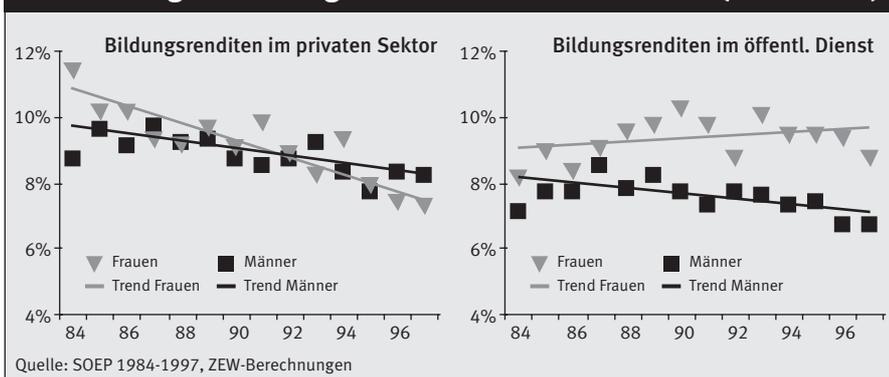
Die Studie zeigt auch, dass die Bildungsrenditen jüngerer Generationen deutlich niedriger sind, vor allem bei den Frauen. Drei Effekte beeinflussen diese Entwicklung. Zum einen ist diese Entwicklung auf echte Kohorteneffekte zurückzuführen. So hat beispielsweise in der Nachkriegszeit ein Baby-Boom stattgefunden. Die daraus resultierende verstärkte Konkurrenz, wenn diese Alterskohorten auf den Arbeitsmarkt kommen,

drückt die Löhne. Ein weiterer Grund sind konjunkturelle Effekte, beispielsweise der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Aber auch die Tatsache, dass bei den jüngsten im Gegensatz zu den ältesten Generationen nur die erste Phase des Lebenszyklus im betrachteten Zeitraum beobachtet werden kann, spielt eine Rolle. In dieser Phase sind die Löhne noch geringer, und die Bildungsrendite fällt deswegen niedriger aus.

Die Bildungsrenditen unterscheiden sich erheblich je nach Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten sowie zwischen dem privaten Sektor der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst. Tendenziell sind die Bildungsrenditen im privaten Sektor gesunken, im öffentlichen Dienst sind sie dagegen konstant geblieben oder sogar leicht gestiegen. Ein Grund dafür könnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit sein, wobei die Bildungsrendite sich eher als Minderung des Arbeitslosigkeitsrisikos ausdrückt als in Form von höheren Löhnen. Der öffentliche Sektor bleibt von diesem Rückgang der Bildungsrendite verschont, da hier strikt nach Ausbildung und Alter entlohnt wird und die Arbeitnehmer nur beschränkt einer Konkurrenz ausgesetzt sind. ◀

Charlotte Lauer, [lauer@zew.de](mailto:lauer@zew.de),  
Dr. Viktor Steiner, [steiner@zew.de](mailto:steiner@zew.de)

### Entwicklung der Bildungsrendite in Westdeutschland (1984-1997)



## Forschungsergebnisse

# Dienstleister bevorzugen Metropolen

In Europa liegt der Anteil der neu gegründeten Dienstleistungsunternehmen an allen Unternehmensgründungen durchschnittlich bei etwa 30 bis 40 Prozent. Etwa die Hälfte dieser neuen Dienstleistungsunternehmen entfällt auf die unternehmensnahen Dienstleister. Der Bereich der wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleister ist dabei von besonderer Bedeutung, da ihr Wissensinput für andere Unternehmen und ihre Innovationsstärke für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft wichtig sind. Aus diesem Grund wird diesen Branchen auch in der wissenschaftlichen Analyse zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet.

■ Das ZEW hat in einer aktuellen Studie im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr untersucht, ob es Unterschiede in der Entwicklung zwischen den wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen in Westdeutschland und Österreich gibt. Hierzu wurden die westdeutschen Kreise und österreichischen Bezirke in die Regionstypen Metropole, Kernstadt, Stadtumland und sonstige Kreise/Bezirke separiert.

Die Auswertungen zeigen, dass sich im Zeitraum 1991/92 die durchschnittlichen Anteile der Neugründungen bei wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistern an allen Neugründungen in Westdeutschland und Österreich kaum unterscheiden (siehe Tabelle). In der Periode 1995/96 bietet sich dagegen ein verändertes Bild. Jetzt liegt der durchschnittliche Anteil neugegründeter wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleister in Westdeutschland um etwa 0,8 Prozentpunkte höher als in Österreich. Dieser Unterschied wird durch divergierende nationale Entwicklungen in den einzelnen Regionstypen hervorgerufen. So ist in Österreichs Kernstädten, deren Stadtumland und den sonstigen Bezirken ein stärkerer Rückgang bei Gründungen in diesem Dienstleistungsbereich zu verzeichnen als in den entsprechenden deutschen Regionen. In den Metropolen wiederum sind die Anteile in Westdeutschland erheblich stärker gestiegen als in Österreich.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Anteile wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleistungsgründungen an allen Gründungen verdeutlicht, dass sowohl in Westdeutschland als auch in Österreich keine Wissensintensivierung durch das Neugründungs-

Anteil wissensintensiver Dienstleistungsgründungen an allen Gründungen (in Prozent)				
Regionstyp	Westdeutschland		Österreich	
	1991/92	1995/96	1991/92	1995/96
Metropole <sup>1)</sup>	15,46	17,22	11,81	12,25
Kernstädte <sup>2)</sup>	11,86	11,43	13,62	12,24
Stadtumland <sup>3)</sup>	10,41	10,29	9,2	8,08
Sonstige	8,71	8,82	7,2	5,87
Durchschnitt	10,65	10,51	10,38	9,74

Anmerkungen: Westdeutschland ohne Hamburg und Berlin.  
<sup>1)</sup> mehr als 750.000 Erwerbsfähige.  
<sup>2)</sup> Definition nach BfLR (seit 01.01.98 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)  
<sup>3)</sup> Kreise oder Bezirke, die die Kernstädte oder die Metropole umgeben.  
 Quelle: ZEW-Gründungspanels West und Österreich, eigene Berechnungen.

geschehen erfolgt ist. Lediglich in den Metropolregionen (München beziehungsweise Wien) sind die Anteile im Beobachtungszeitraum gestiegen. Genau in diesem Regionstyp sind aber auch die Gründungsintensitäten für die unternehmensnahen Dienstleister insgesamt mit Abstand am höchsten.

### Multivariate Analyse

Die Untersuchung geht weiterhin der Frage nach, welche Faktoren die Häufigkeit wissensintensiver Dienstleistungsgründungen in Westdeutschland und Österreich beeinflussen, und ob es zwischen den beiden Ländern signifikante Unterschiede in der Wirkungsrichtung dieser Faktoren gibt. Insbesondere hohe Beschäftigtenanteile von unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen wirken positiv auf das Gründungsgeschehen in wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen. Dies stützt die Vermutung, dass Unternehmensgründer zuvor im gleichen Bereich beschäftigt waren, in dem sie sich später selbstständig machen. Der Beschäftigtenanteil der Industrie hingegen

hat – abgesehen von der Elektroindustrie – keinen signifikanten Einfluss auf wissensintensive unternehmensnahe Dienstleistungsgründungen. Der positive Einfluss der Elektroindustrie deutet auf eine hohe Nachfrage dieser Branche nach wissensintensiven Dienstleistungen hin. Dies liegt daran, dass wichtige Teile der Elektroindustrie eng mit den EDV-Dienstleistern – einer wichtigen Branche innerhalb der unternehmensnahen Dienstleister – verbunden sind.

Steigt die Arbeitslosenquote, so hat dies in Westdeutschland einen negativen, in Österreich jedoch keinen Einfluss auf das Gründungsgeschehen. Dieses Ergebnis kann mit der unterschiedlichen Stärke von zwei gegenläufigen Effekten erklärt werden. Auf der einen Seite führt die Erhöhung der Arbeitslosenquote zu einem Nachfragerückgang, während auf der anderen Seite die drohende oder schon eingetretene Arbeitslosigkeit die Alternative „Selbstständigkeit“ attraktiver macht. Während in Deutschland der erste Effekt den zweiten überwiegt, sind sie in Österreich etwa gleich stark. ◀

*Matthias Almus, almus@zew.de*

## ZEW-Konferenz

### MIP-Nutzerkonferenz – Forschung mit dem Mannheimer Innovationspanel

■ Am 5. und 6. Mai veranstaltete das ZEW gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat der ZEW-Innovationserhebungen die erste Konferenz für die Nutzer der Daten des Mannheimer Innovationspanels (MIP). Wolfgang Franz, Präsident des ZEW, und Hans Georg Gemünden, TU Berlin und Vorsitzender des Beirats zu den Innovationserhebungen, betonten die Bedeutung des MIP für die

die Möglichkeit, im ZEW mit den Originaldaten zu arbeiten.

Hariolf Grupp, FhG-ISI Karlsruhe, typologisierte Dienstleistungsunternehmen in Anlehnung an die Evolutionsökonomik und zeigte damit die Grenzen einer branchenbezogenen Dienstleistungsforschung auf. Knut Blind, FhG-ISI Karlsruhe, befasste sich mit der Bedeutung des Qualitätsstandards ISO9000

gegen Innovationsvorhaben. Er zeigte, dass solche Widerstände insbesondere dann auftreten, wenn die geplanten Innovationen Arbeitsplätze gefährden oder hohe Weiterbildungsaktivitäten von Seiten der Arbeitnehmer erfordern.

Najib Harabi, FHSO Olten, untersuchte vertikale Kooperationen von Unternehmen im Rahmen ihrer Innovationsaktivitäten. Er fand heraus, dass informelle Kooperationen zu einer höheren FuE-Intensität führen als formelle. Ulrich Kaiser, ZEW, entwickelte ein simultanes Modell der Entscheidung über Kooperation und FuE-Ausgaben. Er stellte ökonomisch einen schwach positiven Effekt der Kooperationsaktivitäten auf die Höhe der FuE-Ausgaben fest.

Peter Jacobebbinghaus, ZEW, zeigte, dass, abhängig vom gewählten Maß für die Innovationsaktivitäten, Innovationen eher eine geringere Nachfrage nach nicht-akademischen Fachkräften implizieren. Johannes Ludsteck, ZEW, analysierte die Determinanten der Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen. Er fand heraus, dass sie insbesondere stark von der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten abhängt.

Den Zusammenhang zwischen Innovationen und dem Marktaustritt von Unternehmen untersuchte Winfried Pohlmeier, Universität Konstanz. Er verwendet Schätzverfahren, die Besonderheiten im Antwortverhalten von Unternehmen bei Befragungen berücksichtigen. Cornelius Kraft, Universität Essen, wies nach, dass der Herausforderer mehr in FuE investiert als Unternehmen, die ihren Markt zu verteidigen haben. ◀

Dr. Norbert Janz, [janz@zew.de](mailto:janz@zew.de)



Die Teilnehmer der ersten MIP-Nutzerkonferenz am ZEW in Mannheim.

empirische Innovationsforschung und äußerten den Wunsch einer weiteren Verbreitung in der Wissenschaft.

Norbert Janz, ZEW, führte in die Erhebungsmethodik ein, die dem MIP zu Grunde liegt, und gab einen Überblick über den Stand der Forschung mit dem MIP. Die MIP-Daten werden ZEW-externen Wissenschaftlern in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Sandra Gottschalk, ZEW, erörterte die Probleme, die beim empirischen Arbeiten mit anonymisierten Daten entstehen können, und gab Hinweise auf Lösungsansätze. Wissenschaftler haben zudem

für innovative Dienstleistungsunternehmen in Deutschland. Günther Ebling, ZEW, wies im Rahmen eines ökonomischen Paneldatenmodells die Bedeutung von Innovationsaktivitäten für den Exporterfolg nach.

Martin Kukuk, Universität Tübingen, stellte heraus, welche Bedeutung Finanzierungsrestriktionen für die Terminierung von Innovationen haben. Er verwendete dabei ein von ihm entwickeltes ökonomisches Schätzverfahren für ordinale erklärende Variablen. Thomas Zwick, ZEW, befasste sich mit den Gründen für Widerstände von Arbeitnehmern

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Falk, M.; Koebel, B.: *A Dynamic Heterogeneous Labour Demand Model for German Manufacturing*, No. 00-16.

Börsch-Supan, A.; Köke, J.: *An Applied Econometricians' View of Empirical Corporate Governance Studies*, No. 00-17.

Steiner, V.; Lauer, C.: *Private Erträge von*

*Bildungsinvestitionen in Deutschland*, No. 00-18.

Heinemann, F.: *After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?*, No. 00-19.

Köke, J.; Salem, T.: *Corporate Finance and Restructuring: Evidence from Central and Eastern Europe*, No. 00-21.

Kaiser, U.; Kreuter, M.; Niggemann, H.:

*The ZEW/Creditreform Business-related Services Sector: Sampling frame, Stratification, Expansion and Results*, No. 00-22.

C. Böhringer; T. Hoffmann; S. Vögele: *The Cost of Phasing Out Nuclear Power – A Quantitative Assessment of Alternative Scenarios for Germany*, No. 00-23.

## ZEW-Kolloquium

### Globaler Klimaschutz nur mit handelbaren Emissionsrechten erreichbar

■ Das Kioto-Protokoll von 1997 stellt einen Meilenstein für den globalen Klimaschutz dar. Mit seiner Ratifizierung gehen souveräne Staaten erstmals rechtlich bindende Zusagen zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen ein. Insgesamt 38 Industrieländer verpflichteten sich, ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 um insgesamt 5,2 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken. Andererseits verweigerten die Entwicklungsländer, die die Industriestaaten als Hauptverursacher des Treibhausgasproblems sehen, jegliche konkrete Emissionsminderungszusage, da diese ihr Wirtschaftswachstum beschränken könnte. Wenn aber die Entwicklungsländer mittelfristig nicht in den globalen Klimaschutz einbezogen werden, wird es keinen wirksamen Klimaschutz geben. Prognosen ergeben nämlich, dass die globalen Emissionen

global wirksame und politisch realisierbare Klimaschutzstrategie unter Beteiligung der Entwicklungsländer aussehen könnte.

#### Das „C&C“-Klimaschutzszenario

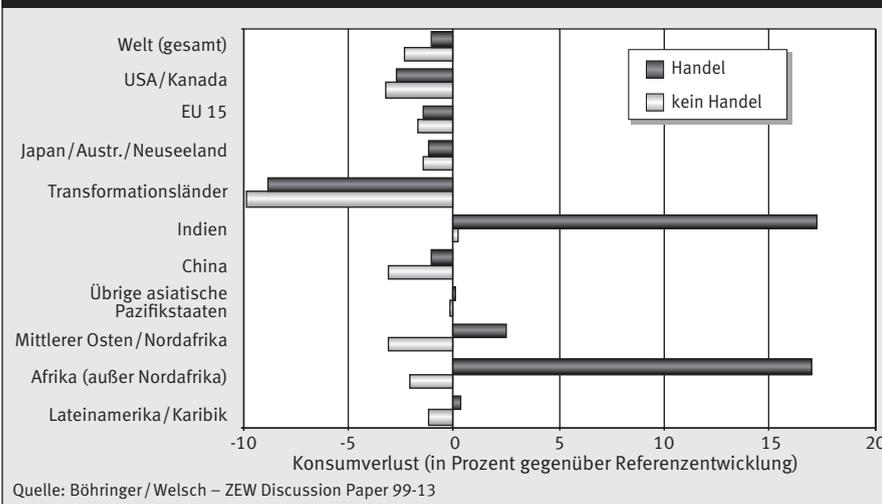
Bis zum Jahr 2050 sollten die weltweiten Treibhausgasemissionen gemäß dem wissenschaftlichen Beratungsgremium der Klimarahmenkonvention (IPCC) um 25 Prozent gegenüber dem heutigen Niveau gesenkt werden („Contraction“). Die notwendige Einbeziehung der Entwicklungsländer scheint nur dann möglich, wenn die regionale Verteilung der global begrenzten Mengen an Emissionsrechten elementaren Fairnesskriterien entspricht. Hier drängt sich ein egalitaristischer Ansatz auf, der jedem Menschen das gleiche Recht zur Emission von Treibhausgasen einräumt.

werden. Die Rechte für die dann verfügbaren Emissionen werden ausgehend von der heutigen Pro-Kopf-Verteilung sukzessive in Richtung einer gleichen Pro-Kopf-Ausstattung verteilt. Diese soll letztlich im Jahr 2050 erreicht werden. Gegenüber einer Referenzentwicklung ohne aktive Klimaschutzpolitik impliziert C&C für viele Weltregionen eine drastische Emissionsbeschränkung.

Die Abbildung fasst die ökonomischen Auswirkungen des C&C-Szenarios zusammen, die mit dem am ZEW entwickelten Modellsystem PACE (Policy Assessment based on Computable Equilibrium) simuliert werden. Dabei werden zwei unterschiedliche Annahmen darüber getroffen, wie die einzelnen Regionen ihre Verpflichtungen zur Emissionsminderung handhaben. In der Variante „kein Handel“ wird unterstellt, dass jede Region ihrer Minderungsverpflichtung durch den Einsatz rein nationaler Instrumente nachkommt. In der Variante „Handel“ ist ein weltweiter Handel von Emissionsminderungsrechten zugelassen. Der Vergleich beider Varianten zeigt nicht nur, dass ein globaler Emissionsrecht-handel die weltweiten Kosten des Klimaschutzes mehr als halbiert. Politisch weitaus bedeutsamer ist, dass wichtige Entwicklungsregionen durch den teilweisen Verkauf ihrer über C&C zugewiesenen Emissionsrechte nicht nur ökonomische Lasten aus einem globalen Klimaschutz kompensieren können, sondern sich zum Teil erheblich besser stellen als in einer Referenzentwicklung ohne Klimaschutz. Da gerade diese Länder eine heftige Verteilungsdebatte um die gerechte Lastenverteilung von Klimaschutz führen, scheint eine Umsetzung des C&C-Szenarios politisch nur im Rahmen eines internationalen Handels von Emissionsrechten möglich. ◀

Dr. Christoph Böhringer, boehringer@zew.de

#### Wohlfahrtseffekte von „Contraction & Convergence“



trotz Kioto infolge des Wirtschafts- und Emissionswachstums in den Entwicklungsländern erheblich steigen werden. Umgekehrt bedarf es aber einer drastischen Reduktion der gegenwärtigen Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahrzehnten, um eine deutliche Klimaerwärmung verhindern zu können.

Vor diesem Hintergrund ging Dr. Christoph Böhringer, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement, in seinem Vortrag im Rahmen des ZEW-Kolloquiums der Frage nach, wie eine

Angesichts deutlicher länderspezifischer Unterschiede in den gegenwärtigen Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen ist ein Vorschlag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen aus Sicht der Industrieländer wiederum nur akzeptabel, wenn er mit einer langfristigen Konvergenzphase verbunden ist („Convergence“). Für die konkrete Ausgestaltung des Contraction&Convergence Pfades (C&C) ging Böhringer davon aus, dass die globalen Emissionen in den nächsten 50 Jahren linear um 25 Prozent gegenüber dem heutigen Niveau gesenkt

Zur Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie siehe die ZEW-Homepage [www.zew.de](http://www.zew.de)

C. Böhringer, T. Hoffmann und S. Vögele  
**The Cost of Phasing Out Nuclear Power – A Quantitative Assessment of Alternative Scenarios for Germany**  
 ZEW Discussion Paper No. 00-23

## ZEW-Seminar

### Die Schalterstelle zum IAB-Betriebspanel

■ Dr. Arnd Kölling vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat am ZEW die Schalterstelle zum IAB-Betriebspanel vorgestellt. Die von Kölling betreute Schalterstelle eröffnet externen Nutzern die Möglichkeit, mit den Daten des IAB-Betriebspanels wissenschaftlich zu arbeiten.

Im Rahmen des IAB-Betriebspanels werden seit 1993 Betriebe aus den alten und seit 1996 aus den neuen Bundesländern zu allen relevanten Bereichen des ökonomischen Handelns befragt. Zu diesem Zweck verwendet das IAB ein sich jährlich wiederholendes Grundprogramm an Fragen, das unregelmäßig um weitere Module sowie einen aktuellen inhaltlichen Schwerpunkt ergänzt wird. Die Grundgesamtheit der Stichprobe bil-



Dr. Arnd Kölling

den alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Über eine sogenannte Betriebsnummer können zu bestimmten Stichtagen die örtlichen „Betriebseinheiten“ hinsichtlich verschiedener Merkmale wie Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig oder Betriebsgröße abge-

grenzt werden. Im Jahr 2000 sind etwa 13.000 dieser Betriebe befragt worden.

Um trotz der strengen Vorschriften zum Datenschutz einen Zugang zu den Daten und eine breitgefächerte Möglichkeit zur Auswertung anzubieten, ist am IAB Anfang 1999 die sogenannte Schalterstelle zum IAB-Betriebspanel eingerichtet worden. Diese Schalterstelle wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Wissenschaftler können ihre Auswertungswünsche direkt an die Schalterstelle richten. Seit Bestehen der Schalterstelle sind laut Kölling mehr als 50 Anfragen bearbeitet worden. Die Auswertungen werden am IAB durchgeführt und nach einer Datenschutzprüfung an die externe Stelle weitergeleitet. ◀

Information: Dr. Norbert Janz, janz@zew.de

### Determinanten von Einsprüchen gegen europäische Patente

■ Markus Reitzig, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Innovationsforschung und Technologiemanagement der Ludwig-Maximilians-Universität München, referierte am ZEW zum Thema „Determinanten von Einsprüchen gegen Europäische Patente – Der Fall der Biotechnologie und Pharmazie“. Ziel der von Harhoff und Reitzig erstellten Studie war es, Einflussgrößen für Einspruchsverfahren gegen Patente zu identifizieren, die vom Europäischen Patentamt erteilt worden waren. Zu diesem Zweck konnten die Autoren auf einen Datensatz des Europäischen Patentamts zurückgreifen, der erstmals für diesen Zweck zusammengestellt worden war. In der verwendeten Stichprobe wurde im Untersuchungszeitraum – die Jahre von

1979 bis 1996 – gegen etwa acht Prozent aller Patente Einspruch erhoben.

Die Autoren zeigen unter Verwendung von Zitationsindikatoren, dass wertvolle Patente mit größerer Wahrscheinlichkeit angegriffen werden. Darüber hinaus legen die Ergebnisse der Studie die Vermutung nahe, dass die Einspruchswahrscheinlichkeit gegen ein Patent in denjenigen Technikbereichen steigt, in denen besonders viele Patente eingereicht werden. In den Branchen Biotechnologie und Pharmazie beobachteten die Autoren, dass das Risiko der Einspruchnahme gegen ein Patent steigt, je neuer das Technikfeld ist, aus dem das Patent stammt. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der Hypothese plausibel, dass in jüngeren Tech-



Markus Reitzig

nikfeldern Informationen stärker asymmetrisch verteilt sind. Nur eine untergeordnete Rolle bei der Einspruchnahme gegen Patente spielte hingegen, ob das Patent von einer Privatperson oder einem Unternehmen eingereicht wurde. ◀

Information: Fred Ramb, ramb@zew.de

## Termine

### ■ Expertenseminare:

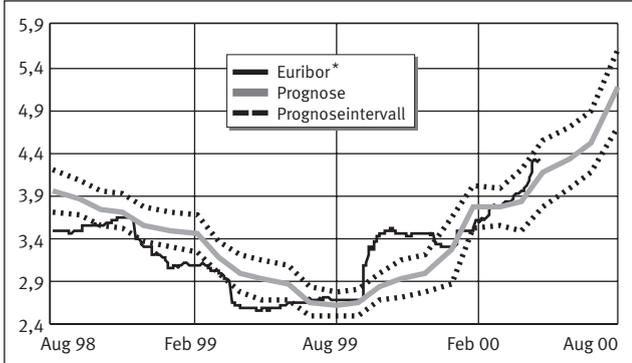
*Economic Modeling Workshop (EMW) – Numerische Politikanalysen*, 13.-15. Juni 2000, ZEW-Gebäude.

### ■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de). Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu. Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: pauli@zew.de

## Daten und Fakten

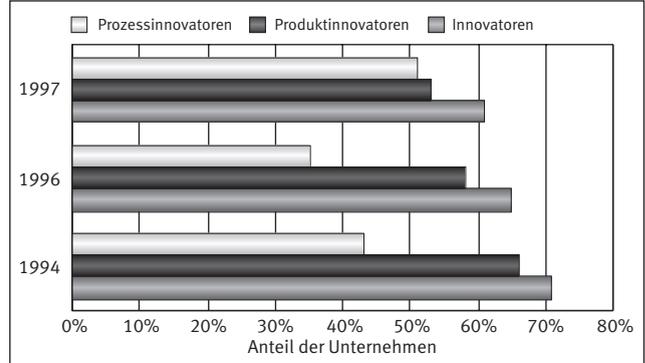
### Finanzmarkttest im Mai: Am Geldmarkt ist die Fünf in Sicht



Quelle: ZEW, \*Datastream

Bis zum August könnte der Satz für den Drei-Monats-Euribor laut den Experten auf 5,2 Prozent steigen. Vor dem Hintergrund des extrem schwachen Euro-Kurses und wieder steigender Ölpreise haben sich damit im Mai die Chancen auf ein absehbares Ende der Klettertour beim Geldmarktzins deutlich verringert. Tröstlich mag dabei sein, dass nun 69 Prozent der Experten Euro-Optimisten sind. Ihnen stehen lediglich 13 Prozent gegenüber, die an eine weitere Abwertung gegenüber dem Dollar glauben. Allerdings ist diese Einschätzung seit vielen Monaten mehr oder minder konstant, ohne dass die Devisenmärkte diese Mehrheitsverhältnisse in den Kursen widerspiegeln. *Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de*

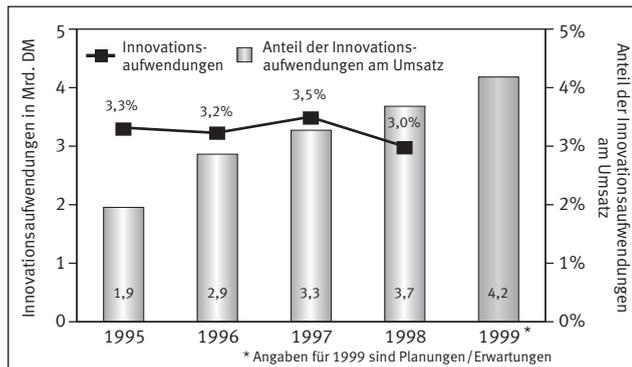
### Anteil der Innovatoren im Einzelhandel geht zurück



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1998

Während moderne Dienstleistungsbranchen wie EDV- und technische Dienstleister ihre Innovationsaktivitäten kontinuierlich intensivieren, gehen die Innovationsaktivitäten bei traditionellen Dienstleistungen wie im Handelsgewerbe deutlich zurück. So ist beispielsweise im Einzelhandel der Anteil der Innovatoren an der gesamten Unternehmenszahl in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Dabei hat die Zahl der Produktinnovatoren stetig abgenommen. Lediglich der Anteil der Prozessinnovatoren steigt seit 1996 wieder an. Aber auch hier erreicht der Einzelhandel gerade einmal den durchschnittlichen Anteil des gesamten Dienstleistungssektors. *Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de*

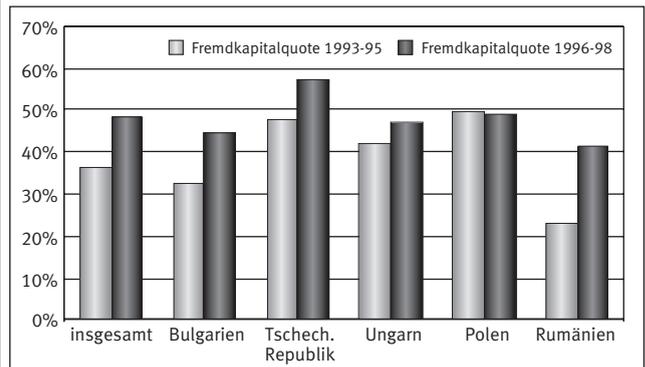
### Innovationsaufwendungen im EDV-Bereich weiter zunehmend



Quelle: Mannheimer Innovationspanel-Dienstleistungen, Erhebung 1999

Unternehmen im Bereich EDV und Telekommunikation haben 1998 ihre Innovationsbudgets wieder deutlich erhöht und wenden etwa 3,7 Milliarden DM für Innovationsprojekte auf, eine Steigerung um mehr als 10 Prozent. Den Planangaben der Unternehmen zufolge kann auch für das Jahr 1999 mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden. Der Verlauf der Innovationsaufwendungen spiegelt dabei die vorteilhafte Situation der Unternehmen wider: Die Umsatzentwicklung in diesen Wirtschaftszweigen übertrifft sogar das Wachstum der Innovationsaufwendungen, so dass der Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz über die Zeit tendenziell abnimmt. *Günther Ebling, ebling@zew.de*

### Osteuropa: Starker Anstieg der Unternehmensverschuldung



Quelle: AMADEUS, Bureau van Dijk/Belgien

In lediglich einem Jahrzehnt ökonomischen Umbruchs hat sich die Verschuldung osteuropäischer Unternehmen enorm erhöht. Während sie nach Ende des Kommunismus noch null war, lag das Verhältnis von Fremdkapital zu Gesamtkapital im Durchschnitt über zehn Länder Osteuropas in den Jahren 1993 bis 1995 bereits bei 37 Prozent, zwischen 1996 und 1998 dann bei 48 Prozent. Im Vergleich zu Deutschland (73 Prozent) ist diese Quote noch relativ niedrig. Insgesamt reduzierte sich die Bedeutung von Krediten zur Finanzierung von Investitionen in osteuropäischen Unternehmen, denn diese finanzieren sich mittlerweile überwiegend intern. *Jens Köke, koeke@zew.de*

# standpunkt



## Euro

**M**itte Mai dieses Jahres hat der Wechselkurs des Euros vis-a-vis dem Dollar im Vergleich zu Beginn des Jahres 1999 rund 25 v.H. seines Werts eingebüßt. Dieser Tatbestand hat nun zu zahlreichen Diskussionen Anlass gegeben, teilweise verbunden mit reichlich verkrampften Erklärungsversuchen und wahren Kolossalgemälden über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der an der Europäischen Währungsunion (EWU) beteiligten Volkswirtschaften. Etwas mehr Gelassenheit wäre indessen kein schlechter Ratgeber.

Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, dass es außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist, kurzfristige Wechselkursentwicklungen zu erklären oder zu prognostizieren. Auf mittlere Sicht mögen sich die fundamentalen ökonomischen Faktoren bei der Bestimmung des Austauschverhältnisses zweier Währungen durchsetzen. Kurzfristig können sie indessen von spekulativen Erwartungen beträchtlich überlagert werden, welche mitunter in Übertreibungen der Akteure auf den Finanzmärkten ausarten. Ob Aktienbörsen oder Devisenmärkte – beide sind zeitweilig durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet, ohne dass dies aus rein ökonomischer Sicht nachvollziehbar sein muss. Auch wenn der Vergleich nur bedingt aussagekräftig ist: Allein im Zeitraum von 1985 bis 1995 schwankte das Wechselkursverhältnis DM zu Dollar zwischen 1,36 und 3,45 DM/Dollar.

Deshalb sollten die derzeitigen Erklärungsversuche mit Zurückhaltung aufgenommen werden. Es mag durchaus eine Berechtigung haben, dass Europa im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sich weniger dynamisch zeigt und einen größeren Reformdruck aufweist. Aber dies ist seit längerem bekannt und kommt daher nur sehr bedingt als Ursache für den Verfall des Euros in Frage. Ähnliches gilt für Regierungsumbildungen in einzelnen EU-Staaten als Quelle für die Turbulenzen um den Euro. Dass etwa in Italien die Regierungen kürzer an der Macht bleiben als in manch anderen EWU-Staaten, entbehrt jeglichen Neuigkeitswerts.

Reichlich abstrus wird die Argumentation, wenn die Abwertung des Euros in die Nähe einer europäischen Schmach gegenüber den USA gerückt wird. Das erinnert an nationale Gefühlsaufwallungen, wenn sich die heimische Währung abwertet. „Man wertet Frankreich nicht ab“, soll der französische Staatspräsident de Gaulle seinerzeit gesagt und sich damit einer notwendigen Wechselkursanpassung des Franc im damaligen Währungssystem verweigert haben, die ihm dann trotzdem nicht erspart blieb.

Als nicht ganz unbedenklich, zumindest aber ziemlich erfolglos muss es zudem angesehen werden, wenn sich Regierungskonferenzen oder die Europäische Zentralbank dem Vernehmen nach anschicken wollen, um Vertrauen für den Euro zu werben. Davon werden die Akteure auf den Devisenmärkten vermutlich unbeeindruckt bleiben, gegebenenfalls aber misstrauisch werden, ob damit nicht doch über etwas hinweggetäuscht werden soll (was vielleicht überhaupt nicht vorhanden ist).

Selbstverständlich sollen die aus einer Abwertung des Euros resultierenden Preissteigerungen nicht klein geschrieben werden. Autofahrer und Reisende in ferne Länder sammeln bereits einschlägige Erfahrungen. Aber die Abwertung des Euros begünstigt auch die Exporte aus dem EWU-Raum, wovon einige Schwierigkeiten der (exportierenden) Wirtschaft in Nicht-EWU-Ländern Zeugnis ablegen, wie das Beispiel Großbritannien deutlich zeigt. Die Schwäche des Euros stimuliert den deutschen Export, das müsste doch zumindest ein nettes Trostpflaster darstellen.

Zu Zeiten eines schwachen Dollars wurde von amerikanischer Seite damals geäußert: Der Dollar ist unsere Währung, aber Euer Problem. Warum kehren wir das Argument nicht um: Der Euro ist schwach – na und?

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher